

## Beilage:

*Dieser Anzug wurde von Ueli Mäder mit 22 Mitunter-zeichnenden aus allen Fraktionen am 5.12.2001 im Basler Grossen Rat BS eingereicht.*

*Hier ist er wiedergegeben als Beilage zum parallel von Ruedi Brassel im Baselbieter Landrat eingereichten Postulat betreffend ein „Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung“.(rbr)*

## Anzug betr.: Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung

### Ausgangslage

An Konflikt- und Kooperationsforschung besteht, wie die Ereignisse vom 11. September 2001 belegen, ein wachsendes öffentliches und akademisches Interesse. In zunehmendem Mass prägen **Konflikte** unsere gesellschaftliche Realität auf allen Ebenen – im Mikrobereich (Beziehung, Familie, Kleingruppe), im Mesobereich (zwischen grösseren wirtschaftlichen Einheiten, Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen) sowie im Makrobereich (regional und global). Als prägnante gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklungen erscheinen namentlich: Entwicklungen nach dem Fall der Mauer: Regionalisierung und Ethnisierung der Konflikte; gefährdete Konfliktfähigkeit in Beziehungen und damit verbundene Beziehungsmobilität (Scheidungsrate); interkulturelle Konflikte auf verschiedenen Ebenen: von Kleinbasel über den „Röstigraben“ zu Problemen multinationaler Unternehmen bis hin zum politischen Fundamentalismus, zur Menschenrechtssituation und zur Globalisierung (auch der Konflikte); Gewaltbereitschaft im Wohlstandsalltag; Verlust an Solidarität und Vertrauen sowie Zunahme an Mobbing in der Arbeitswelt; Überlastung der Justiz- und Polizeiapparate; Individualisierung und Privatisierung der Interessen usw. Fazit: Es sind eine **Vielzahl konflikthaltiger Beziehungen** in unserer Lebenswelt zu registrieren.

Entsprechend der Zunahme solcher Konfliktlagen steigt die **Nachfrage nach gesichertem Wissen** über Konfliktursachen (im Hinblick auf Prävention), Konfliktodynamiken und vor allem wirksame Konfliktbewältigungsmodi und Kooperationsstrategien und deren Konsequenzen auf allen Ebenen (von der Familie bis zu globalen Konflikten) und in jedem Lebensbereich (Kultur, Wirtschaft, Politik, Soziales). Anwendungsfelder und zugleich Ressourcen solchen Wissens sind etwa: Psychotherapie, Psychiatrie; Pädagogische Institutionen (Gewalt an Schulen, Entwicklung der Konfliktfähigkeit); Familienberatung; Soziale Arbeit; Entwicklungs-Zusammenarbeit; Organisationsberatung (Mobbing, Diskriminierung, Sozialpartnerschaft, Arbeits- und Führungskonflikte); Politikberatung (regionale, soziale,

ethnische, militärische Konflikte); Rolle der Rechtsanwendung durch Institutionen und Professionelle.

Auf universitärer Ebene existieren in der Schweiz zwei Orte, die sich schwerpunktmässig mit Konfliktanalysen beschäftigen, nämlich eine mit der Uni Genf assoziierte Stelle und ein Institut an der ETH Zürich. Der Fokus beider Stellen ist jedoch explizit sicherheitspolitisch und militärwissenschaftlich (internationale Beziehungen). Zusätzlich gibt es einzelne ausseruniversitäre Forschungs-, Ausbildungs- und Beratungsstätten, die auf dem Konflikt- und Kooperationsmarkt tätig sind und zum Teil Angebote bereitstellen (Institut Kurt Boesch Sion, Fachhochschule Aargau, Fachhochschule Bern, Friedensstiftung). Die Kosten dieser Körperschaften werden zum Teil von Bund und Kantonen mitgetragen.

Im europäischen Raum sieht die Situation nicht wesentlich anders aus: Konflikt- und Kooperationsstudien sind entweder wie oben beschrieben auf einzelne spezifische Bereiche hin orientiert oder marginal.

Einzig auf dem nordamerikanischen Kontinent besteht ein Netz von umfassend angelegten Einrichtungen, sowohl innerhalb wie ausserhalb von Universitäten. Die entsprechenden Institute, die an einer Kooperation mit europäischen Partnern grosses Interesse zeigen, sind gefragte Partner von Staat und Wirtschaft.

Das Projekt eines Zentrums für Konflikt- und Kooperationsstudien passt in die (ausser-)politische Landschaft der Schweiz. Für ein Land, das es verstanden hat, über lange Zeit nicht direkt in internationale Konflikte involviert zu werden, das angesichts seiner kulturellen und ethnischen Vielfalt wirksame politische Institutionen der Konfliktprävention und –austragung eingerichtet hat, das über eine lange, aber zunehmend verblassende Tradition friedensstiftender „guter Dienste“ verfügt und das diese Tradition angesichts seiner politischen Selbstisolierung wieder intensivieren möchte, ist ein solches Zentrum mit internationaler Ausstrahlung identitätsstiftend und ein Beitrag an die Völkergemeinschaft.

Das EDA klärt zur Zeit im Auftrag des Bundesrates als Antwort auf ein Postulat den Wissensstand im Bereich der Konfliktforschung in der Schweiz ab. Offenbar besteht auf Bundesebene ein aktuelles Interesse an solchen Fragen. Bei einem entsprechenden Engagement der Politik und der Universitätsleitung und der Universitätsträger liesse sich allenfalls ein Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung an der Universität Basel einrichten.

### Wissenschaftliches Umfeld

Die akademischen Kernbereiche Lehre, Forschung und Administration sind gegenwärtig vor allem durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: einen verschärften Wettbewerb um knapper werdende öffentliche Mittel (gewichtige Ausnahmen: USA und England) und eine gleichzeitig erhöhte Kooperation mit privaten Partnern;

eine beschleunigte Dynamik, die längerfristige Planungen obsolet erscheinen lässt und eine entsprechend notwendige hohe Flexibilität und Innovationskraft, die auf externe Opportunitäten rasch und gezielt reagieren können.

In einem globalisierten Kontext sind von diesen Veränderungen alle Universitäten und Hochschulen erfasst und ihre strategischen Entscheidungen beeinflussen sich wechselseitig.

Die Schweiz profitiert von einer langfristig aufgebauten hohen Wissenschaftskultur. Zusätzlich haben ihre wirtschaftliche Vernetzung, ihr Lebensstandard und ihre Lebensqualität die Nachteile der politischen Nicht-Beteiligung an bedeutenden internationalen Körperschaften bis zu einem gewissen Grad aufwiegen können. Eine verstärkte internationale Kooperation ist jedoch Voraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung des Wissenschaftsplatzes Schweiz. Die hiesige Wissenschaftspolitik setzt deshalb – genau wie die Europäische Union – auf eine Konzentration der Kräfte. Die Vision einer Universität Schweiz wird diskutiert, mit den Schwerpunktzentren Lausanne-Genf und Zürich-St.Gallen. Entsprechende Geldmittelzuflüsse in diese beiden Regionen sind bereits vorgezeichnet. Als Beispiel einer solchen Strategie ist die kürzlich geplante Einrichtung des Schwerpunkts Biowissenschaften als Kooperationsprogramm der drei Hochschulen am Genfersee zu nennen. Dieses Projekt soll vorab auf Kosten des Bundes laufen, mit erwünschten Mitteln von 49 Millionen Franken für die Jahre 2001-2003.

Basel ist als ältester Universitätsplatz der Schweiz angesichts dieser globalen, europäischen und schweizerischen Entwicklungen stark gefordert. Die Gefahr eines Bedeutungsverlustes ist greifbar und die Universität Basel hat eine Reihe von Initiativen lanciert, um diesen Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen. Dazu gehören etwa der Aufbau eines Departements für klinisch-biologische Wissenschaften sowie das im Dezember 2001 lancierte Projekt im Schnittbereich der Medizin und Altersforschung.

Die Universität Basel müsste ein primäres Interesse daran haben, entweder noch nicht erkannte oder dann noch nicht belegte strategische Räume zu besetzen. Ein solches, grosses Wachstums- und Wertschöpfungspotential enthaltene Feld ist für die Schweiz der Bereich der Kooperations- und Konfliktfragen. Weil diese Fragestellung zum Beispiel auf dem Hintergrund von wirtschaftlichen Allianzen und Zusammenschlüssen so zentral geworden ist, wird es mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht lange dauern, bis eine Universität sich dieses Terrain sichern will.

Basel würde sich seines Standortes wegen für die Einrichtung dieses in jeder Hinsicht interdisziplinären Themas besonders gut eignen. Nicht nur ist die Chemie der grösste private Kooperationspartner schweizerischer Forschung, auch die interregionale Bedeutung des Platzes Basel wäre für dieses unabdingbar internationale Thema elementar. Basel könnte mit einem solchen Zentrum ein herausragendes Produkt entwickeln, bei dem sich Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Bürgergesellschaft gegenseitig unterstützen bzw. ihre immanenten Konfliktlagen produktiv in einer Kooperation zum Nutzen aller Beteiligten ausschöpfen.

## Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung

An Konflikt- und Kooperationsfragen interessierte Personen aus dem Raum Basel (innerhalb und ausserhalb der Universität und aus verschiedenen Disziplinen) engagieren sich seit längerem für die Idee, in Basel ein **strukturiertes Angebot** für Konflikt- und Kooperationsstudien auf universitärem Niveau zu etablieren. Daraus ist innert kurzer Zeit und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (namentlich der Universität Fribourg) ein Diskurs auf nationaler Ebene entstanden. Dieser mündete in ein Projekt für einen Nationalen Forschungsschwerpunkt, das leider aus verschiedenen Gründen vorläufig nicht weiterverfolgt werden konnte. Es brachte jedoch ein beachtliches gesamtschweizerisch-interdisziplinäres Netzwerk hervor.

Der „Basler Kreis“ der am erwähnten Netzwerk Beteiligten hat es sich zum Ziel gesetzt, ein **eigenständiges Projekt für Konflikt- und Kooperationsstudien** zu entwickeln. Die Idee eines Zentrums für Konflikt- und Kooperationsstudien vermochte innert kurzer Zeit zahlreiche PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Gebieten zu versammeln. Als vorläufige Initiativgruppe haben sich organisiert: Prof. Dr. Dieter Bürgin, Prof. Dr. Franz Hasenböhler, Dr. Peter Liatowitsch, Prof. Dr. Werner R. Müller, Prof. Dr. Udo Rauchfleisch, Prof. Dr. Anton K. Schnyder, Prof. Dr. Ingeborg Schwenzer sowie Prof. Dr. Ueli Mäder. Eine intensive Zusammenarbeit besteht mit Prof. Dr. Alberto Godenzi (neu: Boston/USA), der bislang massgeblich an diesem Projekt (und dem vorliegenden Text) beteiligt war. Eine Erweiterung der Trägerschaft (durch Persönlichkeiten des Historischen Seminars, der Theologischen Fakultät, usw.) wird angestrebt.

Nach den Vorstellungen der Initianten soll die Universität Basel – nach Möglichkeit mit der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel und der Universität Fribourg (Departement für Sozialarbeit und Sozialpolitik) – in enger und ständiger Verbindung mit der Praxis ein **Programm „Konfliktstudien und Konfliktbewältigung“** (vorläufiger Arbeitstitel) entwickeln und in einem **Zentrum mit internationaler Ausstrahlung** institutionalisieren. Dieses könnte ihr im Bereich der „Kulturwissenschaften im weiteren Sinne“ ein eindeutiges und attraktives Profil verleihen - analog zur Mikrobiologie in den „Life Sciences“. Das Programm soll die vorhandene wissenschaftliche Kompetenz aller einschlägigen Disziplinen auf eine gesellschaftlich hochaktuelle, brisante und ordnungsimmanente Thematik fokussieren und soll dadurch – dies die Vision - zu einem **internationalen geistigen Treffpunkt für die Konfliktthematik** führen.

Die spezifische Art und Weise, wie mit unterschiedlichen Interessen, ungleicher Verteilung von Ressourcen, unterschiedlichen und zum Teil gegenläufigen Perspektiven, Werten und Normen umgegangen wird, ist Ausdruck der jeweiligen Kultur und des spezifischen Kontextes der jeweiligen Konfliktprozesse. In diesem Sinn passt das angestrebte Programm gut zum **universitären Makro-Schwerpunkt „Kultur“**.

Ausserdem ist die Thematik **in ausgeprägtem Masse interdisziplinär** und damit „omni-universitär“. Jurisprudenz, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Ethnologie, Afrikanistik, Pädagogik, Medizin, namentlich Psychiatrie, Psychologie, Philosophie und Ethik, Soziologie, Soziale Arbeit, Theologie und Politologie wie auch andere Disziplinen verfügen über Wissensbestände und Perspektiven, die Wesentliches zum Verständnis des Konfliktphänomens beitragen können. An der Universität Basel oder in ihrem unmittelbaren Umfeld (Fachhochschule) sind verschiedene Projekte unter dieser Thematik ganz unabhängig voneinander in Vorbereitung. Das Programm entspricht auch dem steigenden Anspruch an die Universität, sich auf aktuelle gesellschaftliche Probleme einzulassen und ihr Wissen der Praxis zur Verfügung zu stellen (**Wissenstransfer**).

## Zielsetzung und Leistungsauftrag

An das Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung sind folgende Zielsetzungen und Anforderungen zu richten: Das Zentrum stellt von Anfang an einen **hochqualifizierten Nukleus an Kompetenz** in der Forschung und Lehre zur Verfügung; es vermittelt **Impulse** an der Universität und über diese hinaus: aktive Forschungsförderung und Anregung sowie Unterstützung von disziplinären und transdisziplinären Lehrveranstaltungen (teilweise nach dem Vorbild von Ethik-, Gender-, MGU-Programmen). Dazu gehören auch der Aufbau eines **Curriculums** mit Konzentration auf spezielle Programme für Postgraduierte und für die Praxis (Anwaltschaft, Gerichte, psychosoziale Berufe, Behörden und Verbände etc.), der Einbau in die regulären Lehrveranstaltungen und gegebenenfalls Etablierung eines Nebenfachs sowie der Aufbau einer interdisziplinären und internationalen **Bibliothek** zum Thema Konflikt- und Kooperationsstudien. Das Zentrum nimmt die Funktion eines „**Leading House**“ wahr mit Initiierungs-, Verknüpfungs- und Austauschaufgaben. Lokale, nationale und internationale Vernetzung der Forschenden und Lehrenden sowie der Praktizierenden. Es ist eine **Transferstelle** für Dienstleistungen (für Schulen, Wirtschaft, Politik, Rechtsanwendung, Soziale Arbeit, z.B. Supervision, Entwicklung behördeninterner Fortbildung, Qualitätsmanagement, Entwicklung von Curricula und Lehrformen etc.), für Veröffentlichungen, Tagungen und die proaktive Akquisition von Drittmitteln.

## Bedürfnis und Chancen

Im Bewusstsein, dass neue Schwerpunkte an der Universität Basel nur entstehen können, wenn sich diese durch die Fakultäten selbst oder durch von Dritten beigebrachte Leistungen oder durch die Vermarktung eigener Leistungen finanzieren lassen, soll hier ansatzweise dargestellt werden, wo – ausser im eigentlichen Kernbereich der Ausbildung – ein **Bedürfnis für die Leistungen** eines solchen Zentrums bestehen könnte:

Im Bereich **Mediation** besteht in den nächsten Jahren ein erheblicher Ausbildungsbedarf in der Nordwestschweiz und darüber hinaus.

Fähigkeiten und Praktiken im Bereich der **inner-, zwischen- und überbetrieblichen Konfliktbearbeitung** werden immer gefragter; da die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Kosten in der aktuellen Wirtschaftspraxis deutlich zutage getreten sind. Auch grössere Firmen schulen ihre Kader heute mit Vorliebe extern. Der Markt ist im Hinblick auf solche Angebote disparat und bei weitem nicht gesättigt. Das universitäre „Label“ müsste einen klaren Marktvorsprung verleihen.

Geeignete Seminare und Workshops versprechen weit über die Grenzen der Region hinaus Personen und Institutionen anzusprechen, wenn die erforderliche Kompetenz ausgewiesen ist und die Themen günstig gewählt werden.

Im Zeitalter der Globalisierung spielen interkulturelle Probleme auch in der Wirtschaftswelt eine immer grössere Rolle und es besteht ein erheblicher Ausbildungs- und Beratungsbedarf auf diesem Gebiet.

## Anwendungsbeispiel: Familie

Der Familienkonflikt kulminierend in der Scheidung stellt ein zentrales gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Problem dar, wie Frau Prof. Schwenzer exemplarisch festhält. Mit einer Scheidungsziffer von 43 % hat die Schweiz die meisten anderen europäischen Ländern inzwischen überflügelt und figuriert in Europa an dritter Stelle nach Schweden und England. Obwohl oder vielleicht gerade weil Scheidung heute als normal betrachtet wird, stellen die Schwierigkeiten in Zusammenhang mit Familienauflösungen das Recht und die Sozialwissenschaften vor bisher ungeahnte Herausforderungen. Dies gilt sowohl im Bereich der Forschung als auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Im Bereich der Forschung bestehen wesentliche Defizite in Bezug auf die Frage der Angemessenheit oder Dysfunktionalität des Scheidungsrechtes, des Scheidungsverfahrens und des Verhaltens der am Scheidungsprozess beteiligten Professionellen. Wenig ist in der Schweiz auch bislang bekannt, wie das Scheidungsverfahren in der ersten Instanz wirklich funktioniert, wie es die Beziehungen zwischen den Parteien und vor allem auch die Kinder beeinflusst, welche effektiven Kosten Scheidungsverfahren vor allem im Hinblick auf unentgeltliche Rechtspflege verursachen und ob gegebenenfalls andere Verfahrensarten sowohl den Interessen der Parteien besser gerecht werden als auch weniger Kosten verursachend sind. In engem Zusammenhang mit diesen Fragen steht die Rolle und das Selbstbild der am Scheidungsprozess beteiligten Professionellen, wozu nicht nur Richter, Anwaltschaft und Behörden gehören, sondern auch die neue Berufsgruppe der Mediatoren. Was ist die spezifische Funktion dieser Professionellen, ist ihre Ausbildung und ihr Selbstbild geeignet, dass sie ihren Aufgaben angemessen nachkommen können? Wie kooperieren sie und könnte dies allenfalls zum Nutzen der Familien verbessert werden? Eine zentrale Frage des modernen Scheidungsrechts ist auch die Behandlung der betroffenen Kinder im Scheidungsverfahren (als Subjekte statt als Objekte). Eine andere wichtige Frage ist, auf welche Weise nach Scheidung ein grösst- und bestmöglicher Kontakt des Kindes zu beiden Elternteilen sichergestellt werden kann; eine Voraussetzung, die nach Langzeituntersuchungen dem Kind am besten hilft, mit den Folgen der Scheidung umzugehen. Auch hier gilt es, den Einfluss der verschiedenen Verfahrensarten auf die Situation der Kinder zu untersuchen. Ein anderes zentrales Problem des modernen Scheidungsrechtes ist die sogenannte Feminisierung der Armut. Angesichts der Tatsache, dass in der Schweiz weit über 90 % aller Scheidungen in eine Konvention münden, muss auch hier ein direkter Zusammenhang zwischen Konfliktlösungsstrategien und den wirtschaftlichen Folgen der Scheidung gesehen werden.

Grosse Defizite bestehen vor allem auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Der Umgang mit Scheidungsfamilien erfordert ein interdisziplinäres Vorgehen. Damit sind jedoch viele der beteiligten Professionellen überfordert. Dies gilt insbesondere für die beteiligten Juristinnen und Juristen, die bislang praktisch nicht über

sozialwissenschaftliche Kenntnisse verfügen. Es gilt aber auch für SozialwissenschaftlerInnen, die oft nicht in der Lage sind, mit JuristInnen sachangemessen zu kommunizieren. Interdisziplinäre Aus- und Weiterbildung führt nicht nur zu einem besseren Umgang mit den von Scheidung betroffenen Familien; sie verbessert auch die Kommunikation und Kooperation zwischen den beteiligten Professionellen, was sich letztendlich kostensenkend in allen Bereichen auswirkt.

### Institutioneller Rahmen

Nach Auffassung der Initianten soll das Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung nicht einer bestimmten Fakultät zugeordnet werden, da dies dem grundlegend interdisziplinären Charakter nicht entspräche. Vielmehr wäre ein **direkt dem Rektorat** unterstelltes Zentrum anzustreben. Auf Grund der **nationalen und internationalen Bedeutung** der Thematik kann auf Dauer sogar an ein **Bundesinstitut** ähnlich dem Schweizerischen Institut für Rechtsvergleichung gedacht werden.

Nicht zuletzt wegen der besonderen interdisziplinären Fokussierung soll das Zentrum für Konflikt- und Kooperationsstudien durch ein Direktorium geleitet werden, dem Vertreter der hauptsächlich involvierten Fachrichtungen angehören (vier bis fünf Personen einschliesslich des/der Zentrumsleiter/in, namentlich aus den Disziplinen Jurisprudenz, Wirtschaftswissenschaft, Psychologie/Psychiatrie, Sozialwissenschaften). Der/die Zentrumsleiter/in muss eine Persönlichkeit sein, die in der Lage ist, im Vorhinein interdisziplinär zu denken und zu handeln und den interdisziplinären Dialog mit der Praxis und anderen nationalen und internationalen Institutionen zu fördern.

Die Inhaber der Assistenzprofessuren des Zentrums sind gemäss ihrer disziplinären Ausrichtung Mitglieder der jeweiligen Fakultäten und bringen ihre Kompetenz auch in die fakultären Curricula ein. Berufungen werden durch das Direktorium vorgeschlagen.

Das Direktorium wird von einem lokal, national und international dotierten Beirat begleitet und beraten. Die Leistung des Zentrums wird regelmässig evaluiert und auf dieser Basis strategisch ausgerichtet.

### Ausstattung und Finanzierung

Um dem Zentrum die Grundlage für einen „fulminanten“ Start und eine erfolgreiche Tätigkeit zu schaffen, bedarf es eines eindeutigen **universitären Engagements** und einer **grosszügigen Erstausrüstung** mit Ressourcen, und zwar sowohl bezüglich der Kompetenz wie auch der finanziellen Mittel. Dies vor allem deshalb, weil gegenwärtig an der Universität Basel zwar ein grosses Ausmass an disziplinärer Kompetenz besteht, diese aber noch kaum im Zusammenhang mit der Konfliktthematik zum Tragen kommt. Es soll vermieden werden, viel Entwicklungs- und Koordinationsaufwand in ein Projekt zu investieren, das ohne klare und starke Ambition lanciert wird.

Für die Anfangsphase wird folgende Ausstattung vorgeschlagen:

Ein Ordinariat (Zentrumsleiter/in), besetzt durch einen ausgewiesenen Kompetenzträger bzw. -trägerin mit Schwerpunkt Konflikt- und Kooperationsforschung und mit ausgedehntem Netzwerk (mit der Perspektive des späteren Ausbaus auf drei Ordinariate), zwei Assistenzprofessuren (wichtig für Aussenkontakte, Schwerpunkte, Forschung) drei Assistierende, zehn Lehrauftragsstunden für Gastdozierende, ein(e) Information ICT-(Communication Technology) SpezialistIn (unabdingbar für den Informations- und Kommunikationsbereich), ein Sekretariat (150%), eine Bibliotheksstelle (50%) sowie Hilfskräfte für Tagungen etc.. Wichtig wären auch eine **Freistellung** der am Direktorium Beteiligten im Umfang von je 10-20% (3 bis 4 Personen) sowie **Räume, Forschungsfördermittel** für die Vergabe von Forschungsprojekten, ein **Betriebsbudget** für Overhead-Kosten, Vernetzung, Finanzierung von Publikationen, Bibliothek, die Organisation von Symposien und Tagungen, Entwicklung von Weiterbildungsprogrammen etc.

Insgesamt wird ein **Finanzbedarf** für die Grundausrüstung von jährlich rund **2,5 Mio. Franken** nötig sein. Dieser soll angesichts der nationalen Bedeutung des Projektes zu einem **bedeutenden Teil aus Bundesmitteln**, zum Teil aus dem **Erneuerungsfonds** der Universität und zum Teil durch **Sponsoring** und Drittmittel sowie – nach einer Anfangsphase – teilweise auch durch **Eigenleistung** gedeckt werden.

Für die einmalige Anschubfinanzierung rechnen die Initianten mit einem Beitrag von 500'000 Franken, zum Beispiel aus den Mitteln für Makro-Schwerpunkte der Uni Basel.

### Fragen an die Regierung

Die Unterzeichnenden halten das vorgeschlagene Projekt für Konflikt- und Kooperationsstudien für prüfungswert. Es entspricht aktuellen Erwartungen an die Nützlichkeit universitärer Leistungen. Ein Kompetenzzentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung könnte an der Universität Basel ein weiterer Schwerpunkt mit hohem Zukunftspotential werden.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb die Regierung zu prüfen und darüber zu berichten, ob sie bereit ist,

- der Universität die Bildung eines Kompetenzzentrums für Konflikt- und Kooperationsforschung anzuregen
- und sich für eine Anschubfinanzierung im Rahmen von 500'000 Franken einzusetzen.

Ueli Mäder/5.12.01